Nr. 2/2020 – August

concret

Sozialdemokratische Partei Kanton Graubünden
Partida Socialdemocratica Chantun Grischun
Partito Socialista Cantone dei Grigioni

Gegen Abschottung und Lohndumping

Von Jon Pult

Wer nicht nationalistisch verblendet ist, bekämpft die SVP-Kündigungsinitiative. Der bilaterale Weg wäre bei einer Annahme am Ende. Die Schweiz stünde europapolitisch vor dem Nichts. Dabei sind wir wie kaum ein anderes Land vom Export abhängig, zu dem übrigens auch der für Graubünden so wichtige Tourismus gehört. Der europäische Binnenmarkt ist in diesem Zusammenhang

Inhalt

Abst. Begrenzungsinitiative	1-2
Abst. direkte Bundessteuer	3
Covid-19 Härtefallfond	4
Gesundheitspersonal in GR	5
Abst. Vaterschaftsurlaub	6
Abstimmung Kampfjets	7
Abstimmung Jagdgesetz	8
Wahlen Davos	9
Wahlen Chur	10
Bezahlbare Kitas	11
Nachruf Martin Bundi	12
Nachruf Albert Schaffner	13
Leute: Nora Kaiser	14
JUSO	15
Letzte Seite	16

Nein zur Begrenzungsinitiative

eine Art Lebensader der Schweiz. Diese inmitten der Corona-Rezession zu kappen, wäre wirtschafts- und aussenpolitischer Selbstmord.

In der Krisenbewältigung hat sich die europäische Zusammenarbeit bewährt. Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der Union ist, konnten unsere Bundesräte an den Minister-Videokonferenzen der EU teilnehmen. Gerade in der ersten Phase der Pandemie, als man noch fast nichts über das Virus wusste, war das von unschätzbarem Wert. Das kurzsichtige «Switzerland First»-Gehabe der Initianten stellt unsere guten Beziehungen in Frage. Trotz des abschreckenden Brexit-Beispiels. Und trotz der Tatsache, dass die EU mit dem «Recovery Fund» und dem «Green Deal» solidarischer und ökologischer zusammenrückt. Aber auch der Aufstieg des totalitären China, die Diktatoren Putin und Erdogan an Europas Grenzen und das von Trump nachhaltig geschwächte Amerika sollten uns daran erinnern, wie wichtig auch für die Schweiz der europäische Zusammenhalt ist.

Nicht nur wirtschaftlich und aussenpolitisch, auch sozial hat die Kündigungsinitiative viel Zerstörungspotenzial. Denn die Personenfreizügigkeit ist eine soziale Errungenschaft. Ihr Ende könnte das unmenschliche Saisonnier-Statut wieder aufs Tapet bringen, welches Familien auseinanderriss und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter der Ausbeutung auslieferte. Erst das Freizügigkeitsabkommen von 2002 hat dieses System überwunden und alle Arbeitnehmenden mit gleichen Rechten ausgestattet. Inländische Arbeitnehmende haben ebenso stark davon profitiert. Denn das Abkommen schuf den Hebel, um Lohndumping nicht nur von ausländischen, sondern vor allem auch von schweizerischen Arbeitgebenden zu unterbinden. Ohne das Abkommen mit der EU gäbe es keine flankierenden Massnahmen. Es gäbe konkret keine regelmässigen Kontrollen der Einhaltung schweizerischer Arbeits- und Lohnbedingungen. Und es gäbe weniger Gesamtarbeitsverträge. Dass in der Schweiz gerade die tiefen Löhne in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen sind und wir keinen riesigen Tieflohnsektor kennen, ist auch das Verdienst der Personenfreizügigkeit und der mit ihr verbundenen flankierenden Massnahmen. Diese Politik sichert Arbeitsplätze sowie ein Lohn- und Arbeitsrecht, das vor Missbrauch und Lohndumping schützt. Gerade in der Krise dürfen wir diese Sicherheiten nicht aufs Spiel setzen. Die Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre also auch das Ende des schweizerischen Lohnschutzes.

Am 27. September braucht es ein wuchtiges Nein. Gegen Abschottung und Lohndumping. Für Arbeitsplätze und soziale Rechte. Und auch als Zeichen einer europäischen Schweiz.

Jon Pult, Nationalrat und Präsident der Alpen-Initiative, Chur

Nein zum Kinderabzug-Bschiss

Sandra Locher Benguerel, Nationalrätin, Chur

Die Reichsten profitieren – der Mittelstand bezahlt!

Von Sandra Locher Benguerel

Unbestritten ist, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern in Sachen familienergänzender Kinderbetreuung massiv im Rückstand ist. Krippenplätze sind sehr teuer und oft lohnt es sich daher nicht, dass Frauen wieder in den Arbeitsmarkt einsteigen. Der Bundesrat hatte deshalb eine Vorlage entwickelt, die steuerliche Anreize für gut qualifizierte Frauen geschaffen hätte, wieder beruflich tätig zu werden. Diese Vorlage war weit weg von perfekt, denn es hätten primär gut betuchte Familien profitiert. Immerhin war aber der Fokus klar auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerichtet und die Kosten von 10 Millionen waren überschaubar.

In der parlamentarischen Beratung ist das Geschäft dann aber total aus dem Ruder gelaufen. Obschon sowohl die Kantone als auch der Bundesrat sich lautstark gewehrt hatten, hat die bürgerliche Mehrheit unter der Leitung der SVP in einer Hauruck-Übung entschieden, die Vorlage massiv aufzublähen. So wurde der Vorschlag 37-mal teurer! Statt 10 Millionen kostet die aktuelle Vorlage nun 370 Millionen.

Dieses zusätzliche Geld wird aber nicht für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgegeben. Nein, es wurden einfach höhere Steuerabzüge beschlossen, die unabhängig davon anfallen, ob Kinder extern betreut werden oder nicht. Besonders stossend sind dabei sowohl die gleichstellungspolitischen Signale als auch die finanziellen Auswirkungen. Statt dass echte Unterstützung geboten wird, damit beide Elternteile berufstätig sein können, werden Familien entlastet, bei denen gar keine Fremdbetreuungskosten anfallen. Die Abzüge fallen zudem überproportional bei den aller reichsten Haushalten an. 44% der Familien bekommen keinen einzigen Franken Entlastung, da sie bereits heute keine Bundessteuer bezahlen. 70% der 370 Millionen Franken an Steuerprivilegien gehen an rund 20% der Spitzenverdiener-Haushalte mit Kindern.

Wirksame Familienpolitik sieht anders aus. Viel besser würde die öffentliche Hand das Geld direkt zur Reduktion der Kita-Kosten einsetzen oder die Familien endlich stärker unterstützen bei den laufend steigenden Krankenkassenkosten. Und selbst wenn auf steuerliche Massnahmen gesetzt würde, wären Steuergutschriften viel zielführender als Steuerabzüge.

Diese Vorlage ist ein absoluter «Bschiss». Unter dem Deckmantel des Begriffs «Familie» wird Umverteilung von unten nach oben betrieben. Zum Glück hat die SP das Referendum ergriffen. Sagen wir entschieden NEIN!

COVID-19 Härtefallfond

Bündner COVID-19 Härtefallfond: Ein SP-Erfolg

Von Lukas Horrer

Die Corona-Krise trifft die Wirtschaft hart. Bund und Kantone gleisten darum diverse Unterstützungsmassnahmen auf. All diese Massnahmen waren richtig. Für die SP Graubünden war jedoch schnell klar, dass diese Massnahmen nicht ausreichen. Die Maschen des aufgespannten Sicherheitsnetzes waren zu weit.

Das Paket des Bundesrates sorgte für finanzielle Hilfe für diejenigen, die direkt von den Gesundheitsmassnahmen des Bundesrats betroffen waren (z.B. Läden, die unmittelbar schliessen mussten). Ergänzend zum Paket des Bundesrates schnürte die Bündner Regierung ein 80-Millionen-Paket.
Anfang April 2020 wurde rasch deutlich, dass viele Selbstständige und Kleinbetriebe durch die Maschen der nationalen und kantonalen Hilfspakete fallen. Denn sie sind entweder nicht bezugsberechtigt oder ein Kredit würde zu einer grossen Verschuldung führen. Das galt besonders für die sehr kleinteilig strukturierte Bündner Wirtschaft. Weiter besteht die Gefahr, dass viele Betroffene am Ende keine andere Wahl haben, als Sozialhilfe zu beziehen.
Vor diesem Hintergrund gelang es der SP, zusammen mit BDP und CVP, eine überparteiliche Allianz zu bilden und einen Härtefallfonds zu fordern. Auch die Wirtschaftskommission des Grossen Rates forderte in einer Stellungnahme einen Härtefallfonds. Der Härtefallfonds soll als Ergänzung zu den Überbrückungskrediten a-fonds-perdu-Beiträge ermöglichen.
Ende Mai 2020 zeigte der aufgesetzte Druck Wirkung und die Bündner Regierung schnürte ein Härtefallpaket. Ein Fonds von 10 Millionen steht für a-fonds-perdu-Beiträge zur Verfügung. In der Junisession wurde die entsprechende Notverordnung vom Grossen Rat nachträglich genehmigt. Das ist ein schöner SP-Erfolg.
Nun gilt es genau zu beobachten, ob die Gelder des Härtefallfonds auch tatsächlich ankommen. Die Frage ist, wie unbürokratisch die Umsetzung gehandhabt wird. Die SP-Fraktion bleibt am Ball.
Schliesslich ist klar, dass der Härtefallfonds nicht alle Probleme löst. Eine Wirtschaftskrise derartigen Ausmasses wie sie die COVID-19-Pandemie mit sich bringt, verlangt nach weitergehenden Massnahmen. Und Teil dieser weitergehenden Massnahmen werden Konjunkturpakete sein. Und bei Konjunkturpaketen gilt, dass gute Konjunkturpakete ein grosses (Finanz-)Volumen haben und gleichzeitig die zukünftigen Herausforderungen angehen – also die Digitalisierung und den Klimawandel. Was bei der Gesundheit gilt, gilt auch für den Klimawandel. Nur eine Wirtschaft, die unsere physischen Lebensgrundlagen schützt, ist eine Wirtschaft, die auch übermorgen noch prosperieren wird.

Lukas Horrer, Grossrat und Vizepräsident Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), Chur

Gesundheitspersonal: Viel Arbeit für wenig Lohn

Renate Rutishauser, Grossrätin und Präsidentin Berufsverband SBK, Tomils

Die SP-Fraktion verlangt einen Gesamtarbeitsvertrag für das Gesundheitspersonal

Von Renate Rutishauser

Die WHO hat 2020 zum Jahr der Pflegefachpersonen und Hebammen erkoren, ohne ahnen zu können, was dieses Jahr mit sich bringen würde.

Den Pflegenotstand gab es jedoch bereits vor der Coronapandemie. Denn hätte es ihn nicht gegeben, hätten auch die Massnahmen, mit denen reagiert wurde, nicht so drastisch ausfallen müssen. Hätte nicht die Wirtschaft einen immensen Verlust erlitten. Müssten nicht Betriebe um ihre Existenz bangen. Müsste der Staat nicht mit gewaltigen Summen einspringen. Unabhängig von der tatsächlichen Bedrohung unserer Gesundheit dienten die Massnahmen in erster Linie dazu, einen Kollaps unseres Gesundheitswesens zu verhindern.

Die Pflege zählt nun in ihrem Jubiläumsjahr zu den grössten Verliererinnen der Krise. Verliererin aufgrund der teilweise langen Schichten, wegen der physisch und psychisch äusserst belastenden Situation auf den Intensivstationen, in der Spitex, in den Pflegeheimen und allen weiteren Einrichtungen. Zudem hat diese Berufsgruppe weltweit die deutlich höchste Zahl an Todesopfern zu beklagen und badet die fehlende Vorbereitung auf eine vorhergesagte Situation in mehrfacher Hinsicht aus. Während der Bedarf an professioneller Pflege wächst, werden zu wenige Pflegefachpersonen ausgebildet und viele verlassen erschöpft und frustriert den Beruf.

Deshalb hat der Pflegeberufsverband SBK die Pflegeinitiative lanciert, mit der sie neben einer Ausbildungsoffensive Massnahmen zur Erhöhung der Berufsverweildauer, unter anderem flächendeckende Gesamtarbeitsverträge, verlangt. Denn die hohen Investitionen in die Ausbildung machen sich nur bezahlt, wenn die Absolventinnen und Absolventen ihrem Beruf auch treu bleiben.

Auf kantonaler Ebene bemüht sich das «Bündnis für gute Gesundheit» (SBK, VPOD und VSAO) seit längerem, die Verantwortlichen der Branche für einen GAV zu gewinnen.
Für eine Erhöhung der Attraktivität der Bündner Gesundheitsinstitutionen, für gleichwertige Arbeitsbedingungen in der dezentralen Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung.
Alarmiert von der aktuellen Krise, möchte unsere Fraktion die Sozialpartnerschaft im Gesundheitswesen in Graubünden vorantreiben.
Die Regierung wird aufgefordert, alle Massnahmen zu ergreifen, um die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen für das Bündner Gesundheitspersonal mittels eines Gesamtarbeitsvertrags zu verbessern.

Denn Klatschen reicht nicht.

Abstimmung Vaterschaftsurlaub

Für die Familien: Vaterschaftsurlaub jetzt!

Von Adrian Wüthrich, Huttwil

Die Schweiz ist ein familienpolitisches Entwicklungsland. Mit einem Ja am 27. September kann ein erster, kleiner Schritt gemacht werden und endlich ein Vaterschaftsurlaub eingeführt werden. Die Zeit ist reif dafür!
Das Parlament hat den gesellschaftlichen Wandel endlich verstanden und den Kompromiss von zwei Wochen der Vaterschaftsurlaubs-Initiative gegenübergestellt, die vier Wochen forderte. Da die Initiative zurückgezogen wurde, aber dagegen aus SVP-Kreisen das Referendum ergriffen wurde, muss das Stimmvolk über die Änderung des Erwerbsersatzgesetzes abstimmen. Der Vaterschaftsurlaub soll wie der Mutterschaftsurlaub und Wehrpflichtersatz über die be-währte Erwerbsersatzordnung finanziert werden. Die Schweiz führt bei Annahme der Vorlage einen zweiwöchigen bezahlten Vaterschaftsurlaub für alle hier wohnhaften erwerbstätigen Väter ein. Er kann am Stück oder tageweise in den ersten sechs Monaten nach der Geburt bezogen werden. Anspruch haben Männer, die rechtlich Vater eines Kindes werden. Väter erhalten in dieser Zeit 80 % ihres Lohnes, maximal aber 196 Schweizer Franken pro Tag. Maximal beträgt dadurch die Entschädigung 5880 Franken pro Monat respektive 2940 Franken für zwei Wochen. Finanziert wird der Vaterschaftsurlaub mit 0.05 Lohnprozenten. Der EO-Satz würde wieder auf 0,5 Lohnprozente erhöht, der gleiche Satz wie er bis 2015 galt bevor ihn der Bundesrat gesenkt hat. Die Lohnprozente werden hälftig von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen – pro 1000 Franken Lohn je 25 Rappen.

Die Väter sollen beim Start ins Familienleben mehr Zeit erhalten und die Mütter entlasten können. Mit dem Vaterschaftsurlaub erhalten die Väter die nötige Zeit. Und die heutigen Väter wollen aktive Väter sein. Sie haben heute ein anderes, moderneres Rollenverständnis als noch vor einigen Jahren. Das zeigt sich an den Zahlen des Bundesamtes für Statistik: Sie übernehmen jedes Jahr mehr unbezahlte Arbeit – noch nicht gleichberechtigt klar. Für sie ist aber klar, dass sie ihre Babies pflegen, trösten oder ihnen die Windeln wechseln – auch nachts. Mit einem Ja zum Vaterschaftsurlaub erhalten sie auch die benötigte Zeit dafür. Zeit, die es braucht um väterliche Kompetenzen anzueignen. Dies erleichtert den Müttern auf der anderen Seite den beruflichen Wiedereinstieg. Der Vaterschaftsurlaub unterstützt auch die Gleichberechtigung.
Die zwei Wochen sind ein Kompromiss, ein erster Schritt, den es am 27. September als Investition in die Familien und die Zukunft jetzt zu unterstützen gilt!

Mehr auf:
www.vaterschaftsurlaub.ch

Adrian Wüthrich,
Präsident Komitee
«Vaterschaftsurlaub jetzt!»,
Präsident Travail.Suisse,
alt Nationalrat (SP/BE),
Huttwil

Abstimmung Luxus-Kampfjets

Lewin Lempert, Politischer Sekretär GSoA, Zürich

NEIN zu den Kampfjet-Milliarden!

Von Lewin Lempert

2014 hat die Bevölkerung den Kauf neuer Kampfjets für 3,1 Milliarden Franken deutlich abgelehnt. Im Kanton Graubünden bekam der Gripen nur eine knappe JA-Mehrheit von 50.7%. Nun geht es gar um doppelt so viel Geld. Die hohen Kosten sind aber nur ein Teil des Problems. Die Stimmbevölkerung muss die Katze im Sack kaufen, da weder Kampfjet-Typ noch Flottengrösse bekannt sind. Die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist darum ein Blankoscheck in der Höhe von 6 Milliarden Franken. Die Gesamtkosten für eine neue Kampfjet-Flotte betragen über ihre gesamte Lebensdauer gar das Vierfache des Beschaffungspreises. Wenn man 6 Milliarden mal vier rechnet, kommt man auf sage und schreibe total 24 Milliarden Schweizer Franken. Diese Kostenschätzung bestätigt sich auch, wenn man Kampfjet-Beschaffungen in anderen Ländern analysiert. Dieses Geld wird im Gesundheitswesen, im Katastrophenschutz oder bei der Bekämpfung des Klimawandels fehlen.

Klar ist: Die Schweiz braucht eine Luftpolizei. Schwere Kampfjets sind aber zum Schutz des Schweizer Luftraums bei modernen Bedrohungen ohnehin machtlos. Wirksamere Alternativkonzepte wie beispielsweise die Beschaffung von günstigeren, umweltfreundlicheren und lärmärmeren leichten Kampfjets wurden nicht einmal ernsthaft geprüft. Für einen verstärkten Luftpolizeidienst reichen 8 bis 12 leichte Kampfjets, die beispielsweise den Schutz einer Friedenskonferenz in Genf sicherstellen könnten. Hochleistungskampfjets, wie sie aktuell zur Debatte stehen, sind hingegen unnötig und überdimensioniert. Die Schweiz soll sich auf realistische Bedrohungsszenarien vorbereiten: Auf den Schutz vor Notlagen, Katastrophen und Cyber-Angriffen, oder auf die Bekämpfung des Klimawandels. Wenn wir Milliarden für Luxus-Kampfjets ausgeben, fehlt dafür aber das Geld.

Wie 2014 ist es möglich, diese Abstimmung zu gewinnen. Doch nur, wenn wir alle mithelfen und mit unseren Freundinnen und Freunden über diese milliardenschwere Kampfjet-Beschaffung sprechen, können wir die Sensation schaffen! Auf unserer Website www.kampfjets-nein.ch kann man Material bestellen oder sich eintragen, um im Abstimmungskampf mitzuhelfen.

Weitere Infos:
www.kampfjets-nein.ch

Abstimmung Jagdgesetz

Missratenes Jagdgesetz: NEIN

Von Silva Semadeni, Chur

«Massive Schutzwaldprobleme im Prättigau», meldete im Juni Radio SRF. Zu viele Hirsche schaden dem Wald. Der Schweizerische Forstverein (SFV) ist überzeugt, «dass sich die Präsenz von Grossraubtieren positiv auf den Einfluss wildlebender Huftiere auf die Waldverjüngung auswirkt.» Das wurde bei der Revision des Jagdgesetzes übergangen. Der SFV lehnt daher die Lockerungen zur Bestandsregulierung von Grossraubtieren unter kantonaler Entscheidungskompetenz kategorisch ab.

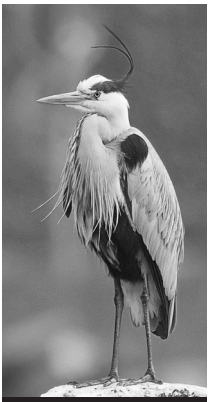
Die Revision des «Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel» ist tatsächlich einseitig ausgefallen: Im Vordergrund stehen Regulierungen, d.h. der präventive Abschuss. Betroffen ist insbesondere der Wolf, aber die Liste der regulierbaren Arten könnte jederzeit durch den Bundesrat erweitert werden – auf Luchs, Biber, Schwäne, Graureiher, Fischotter und sonst irgendwie störende Wildtiere.

Bedrohte Tierarten wie das Schneehuhn, der Birkhahn oder die Waldschnepfe werden nicht besser geschützt. Dazu kommt auch noch die Kompetenzdelegation an die Kantone, die eine gesamtschweizerische Handhabung des Artenschutzes in Frage stellt. Dabei hat sich die Schweiz mit der Ratifizierung der Berner Konvention des Europarates verpflichtet, ein einheitliches Vorgehen beim Artenschutz zu verfolgen.

Im Parlament haben sich radikale Positionen durchgesetzt, insbesondere was den Wolf betrifft. Erlaubt wären neu der präventive Abschuss ohne vorherige Schäden, der Abschuss auch bei fehlenden zumutbaren Schutzmassnahmen, der Abschuss in Jagdbanngebieten und sogar der Abschuss, um die Wildbestände für die Jäger zu erhalten. Das geht eindeutig zu weit, viel zu weit. Die Wölfe sind für Schafhalter eine Herausforderung, ja. Die beste Antwort auf die natürliche Rückkehr der Wölfe ist aber nicht der vorsorgliche Abschuss, sondern der effektive Schutz der Schafherden. Die Erfahrung zeigt, dass ausgebauter Herdenschutz wirksam ist. Die Schafhalter werden von Bund und Kanton dabei konsequent unterstützt und bei Rissen entschädigt. Wölfe gehören zur einheimischen Fauna und tragen zum ökologischen Gleichgewicht bei, wie auch der SFV feststellt.

Die Natur ist heute durch Klimakrise, Biodiversitätsverlust und Insektensterben stark unter Druck. Ein sorgfältiger Umgang mit unseren Wildtieren ist zwingend. Ein Nein zum missratenen Jagdgesetz verhindert, dass geschützte Säugetiere und Vögel noch mehr unter Druck geraten. Das neue, grünere Parlament bekommt die Chance, eine bessere Vorlage zu erarbeiten.

Silva Semadeni,
alt Nationalrätin, Chur



Mehr zur Kampagne: www.jagdgesetz-nein.ch

Wahlen Davos

Rita Gianelli, Kandidatin
Grosser Landrat, Davos

Wir haben einen Traum

Rita Gianelli

Davoser und Davoserinnen werden am 27. September 2020 vielleicht Geschichte schreiben: Wenn sie erstmals einen Sozialdemokraten zum Landammann wählen – Philipp Wilhelm. Aufgewachsen im Bergbauerndorf Davos Monstein, wo auch die familieneigene Schreinerei ist, zog er aus, die Welt zu verstehen. Philipp studierte an der ETH Architektur, während er zum Ausgleich beim HCD Hockey und in einer Punkband Musik spielte, half Geflüchteten, sich in seiner Heimat zu integrieren und beschloss irgendwann, Nägel mit Köpfen zu machen und ganz in die Politik einzusteigen. Mit hervorragendem Ergebnis wird er in das Davoser Parlament gewählt, dann in die Geschäftsprüfungskommission, wo ihn die Bevölkerung als kritischen aber konstruktiven Politiker kennenlernt. Heute ist er SP-Kantonalpräsident und Grossrat, dessen Green Deal, Massnahmen zum Klimaschutz in Graubünden, einer der drei Kernpunkte im Regierungsprogramm ist. Nun kandidiert er für das Davoser Regierungsamt. «Mit einem Wunschteam an meiner Seite», sagt er. Ein Team, das sich durch Kompetenz, Ausgewogenheit und Vielseitigkeit im Politbetrieb auszeichnet. An vorderster Stelle Stefan Walser, der bei der letzten Wahl das beste Resultat als Kleiner Landrat erzielt hat. Die Davoser Bevölkerung schätzt am engagierten Bergbahnfachmann, dass er klar kommuniziert und für seine Anliegen das direkte Gespräch mit den Menschen sucht. Ladina Alioth eroberte vor vier Jahren anlässlich der Ersatzwahl für einen SVP-Sitz ein Landrats-Mandat für die SP Davos. Ihre erste Amtszeit verging wie im Flug, wie sie sagt. Der Geografielehrerin liegt die Chancengleichheit am Herzen. Auf ihre Initiative hin gibt es in Davos den Familienchat, ein niederschwelliges Beratungsangebot, das den Austausch zwischen Eltern und Behörden stärkt. Davos als Stadt, Gesundheitszentrum und Tourismusdestination weiterzuentwickeln, liegt Rita Gianelli am Herzen. Die Redaktorin und Migrationsbeauftragte der Landeskirche Graubünden ist auch in Davos aufgewachsen möchte die Vielfalt der Alpenstadt bewahren. Linda Zaugg bringt als Forscherin am Schnee- und Lawineninstitut Davos, als Mutter und Bergsportlerin die nötige Neugier und Ausdauer mit für die Herausforderungen im Davoser Politalltag. Schliesslich steigt mit dem jungen Christoph Geissler ein ambitionierter Akademiker und Mittelschullehrer in den Schulratswahlkampf für die SP. «Wir von der SP Davos haben einen Traum. Den Traum von einem dynamischen, mutigen Davos mit einem sozialen, kompetenten Landammann an der Spitze.»

Wahlen Chur

Städtische Wahlen in Chur

Andri Perl

Für die städtischen Wahlen vom 27. September hat die SP die vielfältige Liste 4 für den Gemeinderat zusammengestellt – mit Frauenmehrheit. Unser bewährter Stadtrat Patrik Degiacomi kandidiert wieder für die Exekutive. Chur soll die Coronakrise solidarisch meistern, fortschrittlicher und lebendiger, gerechter und grüner werden.

Während andere Parteien es nicht geschafft haben, eine einzige Frau auf ihrer Liste zu portieren, setzt die SP auf eine Frauenmehrheit und gesellschaftliche Vielfalt. Sie will ihre Position als mit Abstand stärkste Churer Partei ausbauen. Dabei helfen auch Kandidierende aus Haldenstein und Maladers mit. Chur hat vieles richtig gemacht in den letzten Jahren und sich gut entwickelt. Gerade in Zeiten der Herausforderung muss Chur nun als städtische Gemeinschaft wachsen. Wir können eine bessere Stadt werden. Wir können fortschrittlicher und lebendiger, gerechter und grüner werden. Dafür setzt sich die SP ein.

Liste 4 mit Frauenmehrheit

Wie bereits in früheren Jahren, schafft es die SP, alle 21 Listenplätze für die Gemeinderatswahlen zu füllen. Das bleibt auch im Wahljahr 2020 die Ausnahme unter den Parteien. Während andere Parteien Mühe bekunden, überhaupt Frauen zu nominieren, tritt die Liste 4 mit 12 weiblichen Kandidaturen an. Es kandidieren Xenia Bischof, Corina Cabalzar, Guido Decurtins, Jean-Pierre Menge und Claudio Senn Meili (alle bisher). Zudem treten an: Barbara Rimml, Pascal Pajic, Angela Carigiet Fitzgerald (bisher Gemeindevorstand Haldenstein), Vincenzo Cangemi, Edina Annen, Mehmet Ekici, Martina Tomaschett, Reto Givel-Bernhard, Giulia Casale, Nico Rupp (Maladers), Karin Hobi, Nora Kaiser, Andrin Ehrler, Helen Kobelt, Yvonne Michel Conrad, Dina Schmid.

Patrik Degiacomi als bewährter Stadtrat

Bei den Stadtratswahlen tritt die SP Chur mit ihrem bewährten Stadtrat Patrik Degiacomi an. Eine frühkindliche Förderung, die alle Kinder schon vor dem Kindergarten Deutsch lehrt; Ausbau der schulergänzenden Kinderbetreuung, die den Eltern das Leben erleichtert, oder das aufgegleiste Schulhaus Ringstrasse. 40 Prozent mehr Beiträge an die Kultur; die Verankerung des freiwilligen Schulsports und mehr Geld für den Jugendsport. Patrik Degiacomi hat sich erfolgreich für Chur eingesetzt und als Teamplayer seinen Beitrag zur guten Finanzlage der Stadt und zum Krisenmanagement in schwierigen Zeiten geleistet. Die SP empfiehlt ihn mit voller Überzeugung für eine weitere Amtszeit. Ausserdem unterstützen wir herzlich die Kandidatur von Anita Mazzetta, deren Erfahrung und Engagement dem Stadtrat gut tun werden.

Andri Perl, Präsident SP Chur und Grossrat, Chur

Familienergänzende Kinderbetreuung

SP Chur mit Initiative für bezahlbare Kitas

Andri Perl

Im Februar hat die SP Chur die Initiative für bezahlbare Kitas lanciert. Die Initiative verlangt von der Stadt Chur, dass diese die Beiträge an familienergänzende Kinderbetreuung verdoppelt: von rund einer Million Franken auf rund zwei Millionen Franken. Dadurch würde die Stadt junge Familien finanziell entlasten.
Familienergänzende Kinderbetreuung belastet das Budget von jungen Familien stark. Die Initiative für bezahlbare Kitas verlangt, dass die Stadt Chur ihre Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung verdoppelt. Das würde die Erziehungsberechtigten der Stadt Chur merklich entlasten. Gerade für Mütter ist die finanzielle Belastung der familienergänzenden Kinderbetreuung oftmals so hoch, dass sich ein beruflicher Wiedereinstieg nach dem Mutterschaftsurlaub schwierig gestaltet.

Infos und Unterschriftenbögen unter: www.sp-chur.ch

Eine Million für Erziehungsberechtigte

Stadt und Kanton beteiligen sich bereits heute an den Kosten für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung, indem sie den privaten Anbietern Beiträge zahlen. Der städtische Beitrag soll nun erhöht werden. Im Wortlaut fordert die Iniative der SP Chur im ersten Abschnitt: «Die Stadt Chur verdoppelt ihre Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung. Sie nimmt dazu die notwendigen gesetzlichen Anpassungen vor.» Das bedeutet in Zahlen eine Million Franken mehr für die familienergänzende Kinderbetreuung. Dieses Geld soll den Erziehungsberechtigen zugutekommen, wie die Initiative weiter fordert. Die Tarife sollen also sinken, gemäss kantonalem Gesetz bleiben sie aber einkommensabhängig. Chur kann sich einen solchen Beitrag leisten und gerade in der Coronakrise hat sich gezeigt, wie wichtig die ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist.

Familien und Kinder profitieren

Mit der Initiative will die SP Chur das Budget junger Familien entlasten und Chur so noch mehr zu einer attraktiven Wohnstadt machen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschäftigt die Churerinnen und Churer nämlich, wie die Quartierumfragen 2019 gezeigt haben. Bezahlbare Kitas sind denn auch ein gutes Argument für die Churer Wirtschaft, um Fachkräfte in den Betrieben zu halten oder neue zu rekrutieren. Von einem leichteren Zugang zu Kitas profitieren nicht zuletzt die Kinder selber. Der Austausch mit Gleichaltrigen fördert sie sprachlich und sozial, die Chancengerechtigkeit unter den Jüngsten steigt.
Nach dem coronabedingten Fristenstillstand sind wir wieder auf der Strasse, um zu sammeln. Wir wollen die Initiative am liebsten noch im September einreichen.

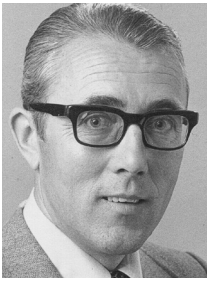
Ein grosser Bündner Sozialdemokrat

Die eindrückliche Abdankungsfeier vom 6. Januar in der voll besetzten Martinskirche bezeugte die riesige Wertschätzung, welche Martin Bundi in breiten Bevölkerungskreisen genoss: Sozialdemokratinnen, Historiker, Umweltschützerinnen, Bauern, Gewerbler und Gewerkschafter, Lehrerinnen und Kulturschaffende – alle erwiesen ihm die letzte Ehre. Tatsächlich hat Martin Bundi als Lehrer, Historiker und Politiker viele Spuren hinterlassen.

In meiner Würdigung steht Martin Bundis politisches Wirken im Vordergrund. Aus heutiger Sicht war er ein sehr untypischer Politiker. Die trockene Art, das stille Schaffen, die Beharrlichkeit, um nicht zu sagen Sturheit, mit der er seine Ziele verfolgte – die Verteidigung der romanischen Sprache, die soziale Gerechtigkeit, der Schutz der Umwelt – , aber auch die Abscheu vor medialer Show scheinen nicht in die Welt der Politik zu passen. Trotzdem oder vielleicht genau deswegen war er über viele Jahre der mit Abstand populärste Bündner Sozialdemokrat. Mehr als das: Martin Bundi machte die SP weit über ihre Stammwählerschaft hinaus salonfähig. Seine erstmalige Wahl in den Nationalrat öffnete für uns Jüngere viele Türen. Heute ist es selbstverständlich, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bündner Politik massgeblich mitgestalten. Noch in den 1970er und 1980er Jahren waren jedoch selbst gemässigte und pragmatische Sozialdemokraten rote Tücher. Ihnen legte das offizielle Graubünden viele Steine in den Weg. Martin Bundi und seine Familie bekamen das mehr als einmal direkt zu spüren. Trotzdem stand er beharrlich und erfolgreich für unsere Ideale ein. Opportunismus war ihm Zeit seines Lebens fremd. Martin Bundis politische Schwerpunkte sind heute so aktuell wie vor Jahrzehnten. Ich nenne nur sein frühes Engagement für den Umwelt- und Landschaftsschutz. Früher als die meisten erkannte er die Bedeutung der Ökologie für unseren Kanton und unseren Planeten. Dies bewies er als Pionier des Gewässerschutzes und als Präsident der Eidgenössischen Nationalparkkommission. Als solcher leistete er einen wichtigen Beitrag zur Integration der einzigartigen Seenplatte von Macun. Massgeblich dank Martin Bundi wird die SP Graubünden bis heute nicht nur als soziale sondern auch als grüne Bewegung verstanden. Auch als Forscher und im Privatleben interessierten Martin Bundi nicht die ausgetretenen Pfade. Beharrlich suchte er nach vergessenen Dokumenten und verborgenen Spuren. Manchmal verband er das mit Wanderungen mit seiner Frau Käthi und seinen fünf Kindern oder mit Berufskollegen. Doch nicht nur Graubünden, seine Täler und Dörfer interessierten ihn. Stets war er offen fürs Weltgeschehen, als Historiker und Aussenpolitiker.

Vielen Dank für alles, lieber Martin!

Andrea Hämmerle,
alt Nationalrat, Pratval/Domleschg



Martin Bundi
19.10.1932 – 1. 01. 2020

Zum Gedenken an Albert Schaffner

Albert Schaffner
3.10.1928 – 11.01. 2020

Am 11. Januar verstarb in Chur Albert Schaffner in seinem 93. Lebensjahr nach einem langen, reich erfüllten Leben. Albert war ein SP-Urgestein. Er wuchs mit einer alleinerziehenden Mutter in der Churer Altstadt in einfachsten Verhältnissen auf. Eine Berufsausbildung war damals aus finanziellen Gründen nicht möglich. Schon 1950 – 22 jährig – trat Albert der SP Chur bei, war Vorstandsmitglied, Wahlkampfleiter, Präsident der Gewerkschaft VPOD und auch Präsident des damaligen Gewerkschaftskartell. In dieser Funktion erlaubte er anfangs der Siebzigerjahre dem blutjungen Andrea Hämmerle an der Churer 1. Mai-Feier jene flammende Rede zu halten, die damals so viel zu diskutieren gab. Über 20 Jahre lang gehörte Albert Schaffner der Redaktion der «SP-Nachrichten» an (Vorgängerblatt des concret) – von der Nummer 7 bis zur Nummer 220! Albert schrieb vor allem Artikel zu gewerkschaftlichen, sozialen und gesundheitspolitischen Themen. Er setzte sich für Frieden und Gerechtigkeit ein, ja man kann ihn auch als einen der ersten Bündner «Feministen» bezeichnen, denn die Gleichstellung von Mann und Frau war ihm über die Jahrzehnte stets ein ganz besonderes Anliegen. Während mehr als 20 Jahren wurde in der Wohnung der Familie Schaffner auch Monat für Monat der Versand der «SP-Nachrichten» organisiert – exakt und zu 100 Prozent den damaligen Vorgaben der Post entsprechend. Alles in allem wurden in diesen zwei Jahrzehnten bei Schaffners mehr als eine halbe Million Heftchen etikettiert, nach Postleitzahlen sortiert und verpackt! Albert war ein sehr interessierter Zeitgenosse, lesehungrig, diskussionsfreudig, zurückhaltend zwar, aber vor allem hilfsbereit und zuverlässig. Auf solche Menschen ist unsere Partei immer wieder von neuem angewiesen.

Martin Jäger,
alt Regierungsrat, Chur

Leute: Nora Kaiser

Nora, du bist die neue Partei- und Fraktionssekretärin der SP Graubünden und trittst somit in die Fussstapfen von Lukas Horrer. Was müssen unsere Genoss*innen über dich wissen?
Neben meinem Job bei der SP bin ich zu 50 Prozent an der Kantonsschule angestellt, wo ich Ethik und Religion unterrichte.
Seit gut einem Jahr bin ich wieder in Chur, wo ich aufgewachsen bin, nachdem ich gut zehn Jahre in Zürich verbracht habe für mein Studium der Religionswissenschaft und Germanistik sowie das Lehramt.
Ich war schon früher in der Juso aktiv und habe mich in Chur für das Kultur- und Nachtleben stark gemacht. Neben Chur bin ich auch im Oberengadin verwurzelt. Ihr könnt mich auch auf Rätoromanisch oder Italienisch angehen, wenn ihr ein Anliegen habt.

Was gab den Ausschlag, dich bei der SP Graubünden zu bewerben?
Vor ziemlich genau einem Jahr ist der Entscheid in mir gereift, politisch wieder aktiver zu werden. Das habe ich bereits als Jugendliche getan, während des Studiums flachte mein Einsatz allerdings etwas ab.

Gerade der Frauenstreik und die Klimabewegung waren für mich eine grosse Motivation, zu sagen: Doch ich will und muss mich engagieren. Und die Sektretariatsstelle war dann die ideale Gelegenheit dafür, weil ich dort genau meine Stärken einbringen kann.

Du hast erwähnt, dass du bereits in der Juso aktiv warst. Wie hast du dich damals eingebracht?
Ich habe mich unter anderem für den Churer Gemeinderat engagiert – wie dieses Jahr wieder. Ausschlaggebend war damals die Situation mit dem repressiven Polizeigesetz und den Änderungen im Churer Nacht- und Kulturleben. Mein Engagement für KulturRaum Chur zielte in erster Linie darauf, ein städtisches Kulturzentrum zu fordern, das auch Platz für Subkultur bietet. Damals wurde mir klar, wie viel Geduld und Hartnäckigkeit man in der institutionellen Politik mitbringen muss. Dass das Kulturzentrum nun von der Stadt aufgegleist ist, freut mich extrem.

Du hast deine Stelle bereits angetreten. Was sind deine ersten Eindrücke?
Ich finde es sehr spannend, mit wie vielen unterschiedlichen Menschen ich bereits zu tun hatte und wie breit mein Arbeitsfeld ist: Mitglieder, die sich mit Anliegen von der Wolfspopulation bis zu Rechtsfragen an mich wenden; Einblick in die Arbeit der Fraktion; der Kontakt zu den Medien, etwas monotone Administration und dann wiederum hochspannende programmatische Arbeit. Das fordert ein gutes Zeitmanagement. Alles in allem eine tolle Herausforderung.

Nora Kaiser, Partei- und Fraktionssekretärin SP Graubünden und Gymnasiallehrerin Kantonsschule Chur, Chur

JUSO

Andrina Geller,
ehemalige Co-Präsidentin
JUSO GR, Felsberg

Generalversammlung der JUSO GR

Andrina Geller

Unsere Generalversammlung, welche für den März 2020 vorgesehen war, musste aufgrund des coronabedingten Lockdowns leider abgesagt werden. Nun konnten wir diese am zweiten August Wochenende in Feldis nachholen. Auf dem Programm standen viele interessante Dinge, wie die Neuwahl des Präsidiums und des Vorstands, die Überarbeitung des Manifests und die Parolenfassung für die Abstimmungen im September. Wir durften am Samstag eine grossen Anzahl Neumitglieder an unserer Generalversammlung begrüssen, welche alle motiviert dabei waren und frischen Wind in die JUSO Graubünden bringen. Viele interessante Diskussionen wurden geführt, unter anderem erhitzte auch das Jagdgesetz die Gemüter.
Sina Menn und Rebekka Weber traten aus dem Vorstand zurück, sowie Andrina Geller aus dem Co-Präsidium. Wir danken ihnen für das jahrelange Engagement und hoffen sie an weiteren Anlässen begrüssen zu dürfen. Andrin Ehrler und Maurus Müller wurden beide neu in den Vorstand gewählt und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihnen. Mit Freya Mayer wurde eine grossartige junge Frau in das Co-Präsidium gewählt, welche mit Rosalina Müller ein absolutes Power-Duo darstellt.
Andrin Ehrler hielt einen Input zu den Gemeinderatswahlen in Chur, denn dieses Jahr kandidieren einige JUSO-Mitglieder auf der Liste der SP. Nicht nur in Chur, sondern auch in Domat/Ems und im Kreis fünf Dörfer kandidieren JUSOs, welche wir natürlich tatkräftig im Wahlkampf unterstützen werden.
Ein wichtiger Punkt auf unserem Programm war die Erneuerung des Manifests. Die Grundsätze blieben die gleichen, doch vieles wurde erneuert und überarbeitet. Unter anderem ist das Kapitel Drogenpolitik dazugekommen, welches bisher gefehlt hatte.
Anschliessend feierten wie die erfolgreiche Generalversammlung mit einer energetischen Partie Flunkyball und liessen so den warmen Sommerabend ausklingen. Wir blicken auf ein erlebnisreiches Wochenende zurück und freuen uns schon auf die nächsten Veranstaltungen.
Venceremos!

Parolen der SP Schweiz (Parolenfassung der SP Graubünden ist nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) zu den Abstimmungen vom 27. September 2020.

Kant. Abstimmungen:
Keine Abstimmungsvorlagen

Eid. Abstimmung:

Begrenzungsinitiative	**NEIN**
Jagdgesetz	**NEIN**
Kinderabzug, direkte Bundessteuer	**NEIN**
Vaterschaftsurlaub	**JA**
Kampfjets	**NEIN**

Kommunale Wahlen GR:
Am 27. September finden neben Chur und Davos auch in Landquart und in weiteren Gemeinden Wahlen statt. Wir wünschen den Kandidierenden viel Erfolg!

6. September – Parteitag der SP Graubünden

Die Geschäftsleitung der SP Graubünden hat entschieden, den Parteitag am 6. September durchzuführen und insbesondere die aufgeschobenen Wahlgeschäfte, Verabschiedungen und Parolenfassungen vorzunehmen. Aus Rücksicht auf die Risikogruppen bitten wir die Teilnehmenden, die Abstands- und Hygieneregeln wenn immer möglich einzuhalten. Masken und Desinfektionsmittel werden vor Ort bereitgestellt. Durch die übliche Registrierung der Teilnehmenden ist das Tracing zudem sichergestellt. Die geselligen Programmpunkte werden dieses Jahr in pragmatischer Weise etwas anders oder – je nach Witterung – gar nicht stattfinden. Wir bitten euch, die Vorgaben des Schutzkonzepts einzuhalten

17. Oktober – Parteitag der SP Schweiz

Der Parteitag der SP Schweiz wurde – ebenfalls aufgrund der momentanen Lage mit COVID-19 – auf einen Tag gekürzt. Er findet am 17. Oktober in Basel statt. Am Parteitag wird das neue Präsidium der SP Schweiz gewählt. Möchtest Du am Parteitag teilnehmen? Dann nimm mit deinem Sektionspräsidium Kontakt auf. An Parteitagen delegieren die Sektionen ihre Mitglieder direkt (und nicht die Kantonalpartei).

AZB 7000 Chur
Postcode 1

Impressum
Herausgeber:
SP Graubünden
Concret
Postfach 561
7001 Chur

Nr. 2/2020

www.sp-gr.ch
info@sp-gr.ch
Telefon 081 284 91 00
Fax 081 284w 91 01
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Nora Kaiser (Redaktionsleitung), Stefan Grass, Silvia Modalek, Andri Perl
Versand: Peter Montigel, Christian Brasser & Team

Layout: Urs Bütikofer
Druck: Selva Caro Druck AG, Flims
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 3/2020: 16. Oktober 2020

ClimatePartner°
klimaneutral